

breites Instrumentarium von Sanktionsmöglichkeiten, durch die die Konfliktparteien von Waffen- und Finanzmärkten abgeschnitten werden können. Noch leiden diese Mechanismen unter der lediglich halbherzigen Befolgung der Restriktionen durch die internationale Staatengemeinschaft, aber in Einzelfällen, etwa beim Waffen- und Diamantenembargo gegen die angolansische Rebellenorganisation UNITA, zeigten sie durchaus Wirkung. Trotz dieser kleinen Erfolge fehlt, wie die aktuellen Beispiele Liberia und Kongo zeigen, weiterhin das politische Interesse der Industrienationen, sich über selektive Interventionen und die Umsetzung von Sanktionen in Einzelfällen hinaus nachhaltig an einer Beendigung der meisten „vergessenen Kriege“ zu beteiligen. Doch ohne ein verstärktes politisches und ökonomisches Engagement wird eine demokratische und sozial-gerechte Entwicklung in weiten Teilen des Südens ein unerfüllter Traum bleiben.

Wolf-Christian Paes und Björn Aust

Afghanistan Gewaltwirtschaft und „Warlords“

Afghanistan gilt als eins der ärmsten Länder der Welt. Es verfügt weder über reiche Bodenschätze oder ausgedehnte Anbaugelände noch ist das Humankapital des Landes bei einer Analphabetenrate von über 60 % nennenswert. Dennoch gibt es einige Wirtschaftsbereiche, die trotz des seit 1979 unvermindert anhaltenden Krieges prosperieren und als „Gewaltwirtschaft“ bezeichnet werden können.

Eine der wichtigsten Folgen des Afghanistankrieges ist die sukzessive Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols. Seit Anfang der 90er Jahre zerfiel das Land in unzählige Kleinreiche, die häufig nicht über eine Talschaft oder eine Oase hinausreichen. Diese Herrschaftsgebiete werden von autonomen Machthabern, die häufig unter dem pejorativen Label „Warlords“ zusammengefasst werden, regiert. Besonders seit dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes, das kurzzeitig dieser Zersplitterung entgegenwirken konnte, zeigt sich diese Fragmentierung. Der Einfluss der afghanischen Regie-

rung reicht gegenwärtig kaum bis vor die Tore der Hauptstadt, weshalb sie auch als „Stadtverwaltung Kabuls“ bezeichnet wird. Dass es bislang in Kabul nicht zu Kämpfen zwischen rivalisierenden Anführern kam, liegt allein an der Präsenz der International Security Assistance Force (ISAF).

Wenngleich es schwer fällt, genaue Zahlenwerte zu ermitteln, so wird doch die Zahl der „hauptberuflichen“ Milizionäre auf nicht mehr als 100 000 Mann geschätzt. Dagegen liegt die Zahl der „Gelegenheitskämpfer“ um einiges höher. Sie beläuft sich auf eine Million. Dies bedeutet, dass einer von fünf erwerbstätigen Männern Milizionär ist. In Afghanistan existieren zudem unterschiedliche Miliztypen, die von gelegentlichen Selbstverteidigungsfronten auf Dorf- oder Stammesebene bis hin zu hoch professionellen Privatarmeen, Gangs, kriminellen Banden und verstreuten militanten Oppositionsgruppen wie den Taliban reichen.

Aus ökonomischer Sicht können diese Milizen als „Kriegsunternehmen“ betrachtet werden, die sich auf einem „Gewaltmarkt“ etablierten. Ihr wesentliches Kapital sind ihre Waffen,

und ihre Hauptbeschäftigung besteht im Verkauf von Sicherheit. Die Milizführer zählen zu den bestbezahlenden und größten Arbeitgebern. Deshalb ziehen es viele jüngst für das afghanische Militär ausgebildete Milizionäre vor, zu ihrer Miliz zurückzukehren, anstatt in der schlecht zahlenden Armee zu dienen.

Die Milizen sind Teil einer Gewaltwirtschaft, die von der Erodierung staatlicher Strukturen profitiert, allein den Regeln des Marktes folgt und auf unzähligen Pfeilern beruht. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Steuern von Dorfbewohnern und Wegezoll von Durchreisenden einzutreiben. Besonders entlang der Überlandstraße etablierte sich ein dichtes Netz von Checkpoints.

Ein weiteres Einkommen stellt die finanzielle und militärische Unterstützung durch Länder wie Iran, Pakistan, Russland und die USA dar. Schließlich profitieren viele Milizen vom Anbau und Handel mit Opium. Vor allem Südafghanistan entlang des Helmand-Flusses und das Becken von Dschalalabad in Ostafghanistan entwickelten sich zu Zentren der Opiumproduktion. Gegenwärtig erzeugt Afghanistan drei Viertel des globalen Heroins.

Auch stieg das Land zum Drehkreuz eines intensiven Schmuggels zwischen der Freihandelszone Dubai, Iran, den GUS-Staaten und Pakistan auf. Die Produktpalette reicht von billigem Erdöl aus Iran über High-Tech-Produkte aus Dubai bis hin zu Waffen und Autoteilen aus den GUS-Staaten und gestohlenen Autos aus Pakistan. Während die Taliban 1997 etwa 2,1 Mrd. US-Dollar am Transitschmuggel verdienten, wirtschaften regionale Machthaber, die die Grenzposten zu den Nachbarstaaten kontrollieren, die willkürlich festgesetzten Zolleinnahmen in die eigene Tasche. Ismail Khan, der Machthaber in Herat, soll an diesem Geschäft bis zu 20 Mio. US-Dollar pro Monat verdienen. Weitere Stützen der Gewaltwirtschaft sind ein ausge-

dehnter Menschenhandel, der Raub und Verkauf von Antiquitäten oder die Abholzung von Wäldern in Ostafghanistan.

Vielfach fällt es schwer, zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren zu unterscheiden. Regionale Machthaber betätigen sich häufig gleichzeitig als Großhändler oder Drogenbarone. Gul Agha Shirzai etwa, der Herrscher in Kandahar, hält das Monopol über Steinbrüche und Baustofffabriken in Südafghanistan, während Ahmad Wali, der jüngere Bruder des legendären Mudschaheddin-Führers Ahmad Schah Massud, die Lapislazulimineralien in Badakhschan ausbeutet.

Gerade diese Verzahnung von politischer und ökonomischer Sphäre bedingt, dass jede Kampagne gegen illegale Wirtschaftsweisen direkt die Machtbasis der regionalen Potentaten beschneidet. Deshalb scheiterten bisher sämtliche Versuche, den Opiumanbau in den Regionen einzudämmen, in denen die lokalen Machthaber selbst in das Drogengeschäft involviert sind. Die Logik der Gewaltökonomie bestimmt auch die Kämpfe, die in nahezu allen Provinzen immer wieder aufflammen. Es geht vornehmlich um die Kontrolle von Schlafmohnfeldern, Wasserrechte und Zufahrtsstraßen.

Obgleich die ökonomische Dimension die gegenwärtigen Gewaltstrukturen wesentlich bestimmt, müssen noch andere Aspekte berücksichtigt werden. Die instabile Situation resultiert im Wesentlichen aus dem Mangel an Sicherheit. Die Milizen füllen zum einen das Machtvakuum, das durch das Fehlen verlässlicher und starker staatlicher Organe wie Polizei und Armee entstand, indem sie Sicherheit an Dorfgemeinschaften, Reisende und Händler verkaufen. Zum anderen versuchen sie, das generelle Gefühl der Unsicherheit aufrecht zu erhalten, um ihre Existenz zu sichern. Deshalb überfallen und plündern sie gegnerische Dörfer und suchen Kämpfe mit rivalisierenden Milizen. Denn solange

die Einwohner Überfälle von Banditen, befeindeten Nachbarn oder externen Kräften fürchten, werden sie ihre eigene Miliz unterstützen.¹

Auch muss bedacht werden, dass materielle Gewinne die Milizionäre nur kurzzeitig an ihre Anführer binden. Daher bauen viele Milizen auf vorhandenen Solidaritäts- und Klientelbeziehungen wie Stammes-, Dorf- und Clanzugehörigkeit auf. Diese Bindungen bilden den sozialen Kitt zwischen Anführer und Miliz sowie zwischen Miliz und lokaler Gemeinschaft. So fächern sich etwa in Südafghanistan die Milizen entlang paschtunischer Stammeszugehörigkeiten und in Nordafghanistan entlang ethnischer und konfessioneller Grenzen auf. Häufig geben die Milizen einen Teil der eingenommenen Zölle und Beute an die Gemeinschaft, aus der sich ihre Milizionäre rekrutiert, weiter. Auch übernehmen Milizen häufig die Rollen eines Familienersatzes. Besonders unter den Taliban fanden sich viele Waisenkinder. Denn in einer Gesellschaft, in der Abstammung die wesentliche Grundlage für soziale, wirtschaftliche und politische Beziehungen bildet, stellt der Verlust der Eltern oder gar der gesamten Familie nicht nur eine Tragödie für die Kinder, sondern den völligen Verlust der „sozialen Kapitals“ dar.²

Die geringe Bereitschaft der meisten Milizen und regionalen Machthaber, ihre Position einzuschränken, erklärt sich aus dem schlichten Überlebenswillen. Die Biographien der meisten Milizionäre berichten von einem „Leben im Krieg“. Menschenrechtsgruppen machen sie für schwerwiegende Kriegsverbrechen verantwortlich. Sorge vor einer ungewissen Zukunft steht daher der Selbstbeschneidung der eigenen Autonomie im Wege. Schließlich muss die

soziale Bedeutung von Führerschaft in Afghanistan bedacht werden. Denn die Einbuße von Macht bedeutet nicht nur den Prestigeverlust eines Individuums, sondern der gesamten Solidargemeinschaft. Dies dürften die entscheidenden Ursachen sein, weshalb bislang kaum einer der Regionalfürsten bereit ist, seine wirtschaftliche, militärische und politische Autonomie zugunsten des Aufbaus eines anonymen Staats abzugeben oder einzuschränken. Wirtschaftskooperationen mit der Zentralregierung beschränken sich daher oftmals auf Lippenbekenntnisse, denen keine Handlungen folgen. Ob Ismail Khan, Rashid Dostum und anderen Führer das Versprechen, das sie Ende Mai 2003 gaben, einlösen und zukünftig die eingenommenen Steuern an die Zentrale abführen, bleibt abzuwarten.

In den ersten 18 Monaten seit der Einsetzung der Übergangsregierung wurden verschiedene Strategien diskutiert, um die Sicherheitslage im Land zu verbessern und dem *warlordism* zu begegnen. Viele dieser Ansätze erscheinen plausibel, werden aber der komplexen Konfliktsituation im Land nicht gerecht. So lautet ein weit verbreitetes Argument, die Afghanen seien kriegsmüde. Obgleich dies richtig sein mag, hat die Feststellung nur begrenzten Einfluss auf die Konfliktsituation. Bereits Anfang der 90er Jahre waren die Afghanen kriegsmüde, doch der Konflikt ging unvermindert weiter.

Eine andere, ebenfalls unzureichende Erklärung besagt, dass allein einige wenige Warlords und Drogenbarone für die Gewaltstrukturen verantwortlich sind und deren Ausschalten den Konflikt beenden würde. Diese Interpretation verkennt, dass heutzutage Gewaltanwendungen ein strukturelles Problem darstellen, und dass viele Milizen für ihre Gemeinschaften Sicherheit garantieren und von diesen anerkannt werden.

Schließlich heißt es immer wieder, die Bevölkerung müsse nur zu der Ein-

1 Conrad Schetter, The 'Bazaar Economy' of Afghanistan – A Comprehensive Approach, in: Christine Noelle-Karimi u.a. (Hg.), Afghanistan: a Country without a State? Frankfurt 2002, S. 109-127.

2 Conrad Schetter, Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan, Berlin 2003.

sicht gelangen, dass sie von einer Friedensökonomie stärker profitiere als von der Gewaltökonomie. Doch für große Teile der Bevölkerung stellt die Gewaltökonomie die einzige Überlebensmöglichkeit dar. Auch wird häufig verkannt, dass ein einfacher Bauer mit dem Anbau von Drogen weitaus mehr verdient als mit legalen Produkten und dass das Leben als Milizionär, dessen Hauptaufgabe in dem Eintreiben von Zöllen besteht, weitaus sicherer ist als das Leben eines Bauern, der tagtäglich Gefahr läuft, auf eine Mine zu treten.

Die internationale Gemeinschaft wäre gut beraten, der Komplexität der Gewaltwirtschaft in Afghanistan eine komplexe Strategie entgegenzusetzen, statt singuläre Bereiche des Wiederaufbaus verschiedenen Lead Nations zuzuordnen. Wenngleich *Disarmament, Demobilization, Reintegration* (DDR) und die Verbesserung legaler Wirtschaftsstrukturen wesentliche Bausteine des Wiederaufbaus darstellen, können diese nur tragen, wenn parallel eine Vertrauensbasis geschaffen wird. Das gelang bisher nicht. Die Bevölkerung muss in der Kabuler Regierung einen positiven Akteur sehen, der in transparenter und kalkulierbarer Weise für Sicherheit sorgt. Auch die regionalen Machthaber müssen Vertrauen in die Regierung gewinnen und sollten zu diesem Zweck stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und – sofern sie sich den neuen Rahmenbedingungen anpassen – eine Zukunftschance erhalten. In diesem Zusammenhang könnten die viel diskutierten Provincial Reconstruction Teams (PRTs), die die internationale Gemeinschaft in den Provinzen gegenwärtig errichtet, als vertrauensbildende Plattformen zwischen Regierung und lokalen Machthabern dienen.

Conrad Schetter

Georgien Eingefrorene Konflikte

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fanden zwischen 1989 und 1993 drei Bürgerkriege in Georgien statt: ein Machtkampf um die Kontrolle des Staates und zwei Sezessionskriege in Südossetien und Abchasien. Während Eduard Schewardnadse seine Machtposition in Georgien 1995 etablieren konnte, gelang es in Südossetien und Abchasien nicht, die Konflikte endgültig zu regeln, was viele Beobachter dazu veranlasste, diese Situation als eingefroren (*frozen*) zu charakterisieren. Beleuchtet man jedoch die wirtschaftlichen Dimensionen dieser Kriege, scheint es, dass die Eisschicht dieser „eingefrorenen“ Konflikte ziemlich dünn ist. Im Folgenden wird versucht, die wirtschaftlichen Aspekte der Bürgerkriege in Georgien zu erläutern. Dabei stehen insbesondere die wirtschaftlichen Faktoren der Kriegsausbrüche, die Finanzierung der Hauptakteure sowie die Struktur der Schattenwirtschaft in Abchasien im Mittelpunkt der Betrachtung.

Im Vergleich zu den Ressourcenkonflikten im heutigen Afrika erschließt sich die wirtschaftliche Dimension der Bürgerkriege in Georgien nicht auf den ersten Blick. Das Land verfügt zwar nur über relativ wenige Bodenschätze, zählte aber wegen seiner Metall-, Landwirtschafts- und Tourismusindustrien zu den wohlhabendsten Regionen der Sowjetunion. Historisch gesehen lassen sich Kriege in Georgien auf dessen strategisch wichtige Lage zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer zurückführen. Hinzu kommt, dass es im Einflussbereich dreier Großmächte lag: von Russland, Persien und dem Osmanischen Reich. Deren Invasionen sowie Stalins Umsiedlungspolitik machten aus Georgien eines der ethnisch heterogensten Länder der Welt. Angesichts dieser Tatsachen sind wirtschaftliche Faktoren nur als ein Teil der größeren Zusammen-